



Freie Wärme

Effizient, nachhaltig
und unabhängig.

Verbraucherfreundliche Heizungslösungen zur Erreichung der Klimaziele

Gesamtfassung

Effiziente, klimafreundliche Wärmetechnik im marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Positionspapier zum Einsatz dezentraler Heizsysteme, zur Stärkung fairer Marktbedingungen und verbraucherfreundlicher Regelungen für den Wärmemarkt.

Inhaltsübersicht

1. Standpunkte: Kommunale Wärmeplanung, AVBFernwärmeV	03
1.1 Kommunale Wärmeplanung – fair, transparent und auf Akzeptanz ausgerichtet	03
1.2 Novellierung der AVBFernwärmeV – für mehr Verbraucherschutz und Transparenz	03
2. Hintergrundinformationen: Kommunale Wärmeplanung, AVBFernwärmeV	04
2.1 Kommunale Wärmeplanung (KWP) – fair, transparent und auf Akzeptanz ausgerichtet	04
2.2 Novellierung der AVBFernwärmeV für mehr Verbraucherschutz und Transparenz	07
3. Info- und Serviceplattform Allianz Freie Wärme	09
4. Argumentativer Ansatz und Leitlinien: Technologieoffenheit für Klimaschutz und Versorgungssicherheit	10

Förderer



Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie e.V.
www.bdh-industrie.de



Bundesverband des Schornsteinfegerhandwerks | Zentralinnungsverband (ZIV)
www.schornsteinfeger.de



Deutscher Verband Flüssiggas e.V. (DVG)
www.dvfg.de



Gesamtverband OfenBau e.V.
www.gvob.de



HAGOS – Das Infoportal für Öfen und Kamine
www.hagos.de



HKI Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik e.V.
www.hki-online.de



UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V.
www.uniti.de



VEH – Verband für Energiehandel Südwest-Mitte e.V.
www.veh-ev.de



Wolfshöher Tonwerke GmbH & Co. KG
wolfshoehe.de



Zentralverband Sanitär Heizung Klima
www.zvshk.de

1. Standpunkte zur Kommunalen Wärmeplanung und AVBFernwärmeV

1.1 Kommunale Wärmeplanung – fair, transparent und auf Akzeptanz ausgerichtet

- ▶ Im Zuge einer Überarbeitung von §71 GEG ist die Entkopplung von KWP und GEG ein zentraler Punkt: Investitionen in klimafreundliche, moderne Heizungs- und Ofentechnik dürfen nicht durch laufende Planungsprozesse verzögert oder verhindert werden.
- ▶ Erfolgte Investitionen in neue, effiziente Heiztechniken unter Einbindung erneuerbarer Energien benötigen Bestandsschutz.
- ▶ Die nach § 14 WPG „Eignungsprüfung“ verpflichtende frühzeitige Ausweisung von Gebieten, in denen sicher keine Wärmenetze entstehen werden, ist ergebnisorientiert notwendig, entlastet das KWP-Verfahren und muss daher viel intensiver praktiziert werden.
- ▶ Aktuell ist die Fernwärmeversorgung überwiegend fossil geprägt. Sie ist nicht automatisch verbraucherfreundlich, bzw. wirtschaftlich oder ökologisch einer dezentralen effizienten Lösung überlegen. Sie darf daher pauschal keinen Vorrang erhalten.
- ▶ Die kommunale Wärmeplanung darf nicht als Hebel für spätere Anschluss- und Benutzungszwänge bei Wärmenetzen missbraucht werden.
- ▶ Die Kommunale Wärmeplanung muss alle modernen, klimafreundlichen und effizienten Versorgungsoptionen gleichberechtigt bewerten – ökonomisch wie ökologisch.
- ▶ Das die Wärmewende umsetzende Fachhandwerk (Innungen) und weitere lokale Experten müssen aktiv eingebunden werden (z. B. bei Informationsveranstaltungen).
- ▶ Das KWP-Verfahren muss im Hinblick auf seine Akzeptanz mit allen möglichen Transformationsmaßnahmen transparent und bürgernah kommuniziert werden.

1.2 Novellierung der AVBFernwärmeV – für mehr Verbraucherschutz und Transparenz

- ▶ Fernwärmeverträge müssen fair, kündbar und flexibel an die reale Nutzung anpassbar sein – wie im Strom- und Gasmarkt üblich.
- ▶ Die Verpflichtung zur Nutzung von Fernwärme schränkt Wahlfreiheit und Wettbewerb ein – das ist weder verbraucherfreundlich noch klimapolitisch sinnvoll und in puncto Eigenverantwortung kontraproduktiv.
- ▶ Es braucht eine staatlich beaufsichtigte Preisaufsicht mit transparenten, standardisierten Preisformeln.
- ▶ Eine bundesweite, unabhängige Schlichtungsstelle für Fernwärmekonflikte ist unverzichtbar.
- ▶ Verbrauchern muss der Zugang zu Umweltinformationen (CO₂-Intensität, EE-Anteil) gesetzlich garantiert werden.

2. Hintergrundinformationen: Kommunale Wärmeplanung, AVBFernwärmeV

2.1 Kommunale Wärmeplanung (KWP) – fair, transparent und auf Akzeptanz ausgerichtet

Standpunkte der Allianz Freie Wärme zur KWP, um die Wärmewende einfacher und effizienter zu gestalten.

► Die Entkoppelung von Wärmeplanungsgesetz (WPG) und Gebäudeenergiegesetz (GEG):

Die Kommunale Wärmeplanung darf keine Vorbedingung für Heizungsmodernisierungen sein. GEG-konforme, klimafreundliche Heiztechniken – etwa Wärmepumpen, Holz-wärmesysteme oder innovative Hybridlösungen – müssen unabhängig vom Planungsstand der Kommune realisiert werden dürfen. Starre Einschränkungen der Technikvielfalt oder einzuhaltende Fristen konterkarieren die Investitionsbereitschaft und den Erfolg der Wärmewende.

► Rechtssicherheit für dezentrale Heizungs-lösungen:

Kommunen müssen angewiesen werden, dass es eine klare und frühzeitige Ausweisung rein dezentral versorgbarer Gebiete im Planungsprozess braucht, wie sie in § 14 WPG, Eignungsprüfung, formuliert ist. Heizungsmodernisierungen insbesondere in diesen Bereichen müssen im Rahmen des Bestandsschutzes dauerhaft möglich und rechtlich abgesichert bleiben – auch nach Abschluss der KWP.

Bereits installierte effiziente Heizungen müssen dauerhaft vor einem späteren Anschlusszwang an ein Wärmenetz geschützt sein. Unklare Aussagen im Wärmeplanungsgesetz sorgen hier für Rechtsunsicherheit. Ein klarer Bestandsschutz schafft Vertrauen, fördert Eigenverantwortung und beugt Investitionszurückhaltung vor.

► Keine pauschale Priorisierung der Fernwärme:

Der Koalitionsvertrag spricht sich zu Recht für technologieoffene Lösungen aus. Die Fernwärme darf aus vorgenannten Gründen nicht automatisch priorisiert werden, sondern muss im Wettbewerb mit dezentralen Optionen im Hinblick auf ökologische wie auch wirtschaftliche Aspekte bestehen.

Die Kommunen sollten verpflichtet werden, dezentrale Versorgungsoptionen frühzeitig als gleichwertige Alternativen auszuweisen und Gebiete, in denen absehbar kein Wärmenetz planbar ist, aus der KWP herauszunehmen. Dies vereinfacht auch den weiteren KWP-Prozess. § 14 WPG (Eignungsprüfung) kann hier durch verbindliche Kriterien gestärkt werden.

► Einbeziehung umsetzungsrelevanter Fach- und Expertengruppen in die KWP:

Die für die Umsetzung der Transformation wichtigen, vor Ort ansässigen Fachleute aus Handwerk (Innungen), Industrie und Handel können mit ihren Kenntnissen der Gebäudetechnik und Wohnstrukturen das Verfahren unterstützen. Insbesondere können sie im Rahmen einer transparenten Bürgerinformation praxisnah kompetente Beiträge liefern.

► Verpflichtende Informations- und Beteiligungsformate:

Für eine höhere Transparenz und gesellschaftliche Akzeptanz empfehlen wir die verpflichtende Einrichtung kommunaler Informations- und Beteiligungsformate während der KWP-Umsetzungsphase. Fachleute aus Handwerk, Energieberatung, Industrie und Wohnungswirtschaft müssen institutionell eingebunden werden – auch zur aktiven Bürgerkommunikation.

► Klarstellung zur „Unverbindlichkeit“ der KWP:

Auch wenn die kommunale Wärmeplanung rechtlich kein unmittelbares oder bindendes Umsetzungsinstrument ist, kann sie mittelbar erhebliche Negative Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen und Förderzugänge haben – insbesondere durch späteres kommunales Satzungsrecht mit kommunalen Zwangsvorgaben. Dies muss bei der Ausgestaltung des WPG berücksichtigt werden.

Grundlegende, weiterführende Informationen zum Thema:

Die kommunale Wärmeplanung (KWP) kann als strategisches, rechtlich unverbindliches Planungsverfahren ein wichtiges Steuerungsinstrument für den Umbau der Wärmeversorgung sein. Voraussetzung für eine erfolgreiche Transformation sind allerdings vor allem

- ▶ die entsprechend genau erfassten und verarbeiteten Basisdaten
- ▶ sowie realistisch in Betracht gezogene Quellen und Kosten für erneuerbare Energien, die in die Wärmeerzeugung/-bereitstellung mit einfließen sollen
- ▶ transparente Information der Bürger zu allen Lösungsmöglichkeiten inkl. der Fördermittel.

Fehlende Tiefe der Ausarbeitungen, vorausschauende Annahmen, Wünsche und einseitige Planungszielsetzungen z. B. von Kommunen und Energie- bzw. Wärmeversorgern können die Ergebnisse beeinflussen, verwässern und verfälschen.

Die vorseilende Priorisierung von Wärmenetzen als Maßnahme sowie die zu enge Verknüpfung mit dem Gebäudeenergiegesetz können zu für die Transformation letztendlich kontraproduktiven KWP-Ergebnissen führen.

→ [prognos.com](https://www.prognos.com)

→ [agora-energiewende.de](https://www.agora-energiewende.de)

→ [zvshk.de](https://www.zvshk.de)

→ [monopolkommission.de](https://www.monopolkommission.de)

→ [heise.de](https://www.heise.de)

Fernwärmenetze: Hohe Kosten und Wettbewerbsrisiken

Meistens sind die sehr oft priorisierten Wärmenetze nicht automatisch ökologisch, wirtschaftlich und für die Verbraucher bezahlbar, was die Berichterstattung in den Medien wiederholt aufzeigt (Frühjahr 2025). Ein realistischer Vergleich der einsetzbaren Wärmesysteme muss daher im Rahmen der KWP gegeben sein.

Enorme Investitionskosten und finanzielle Belastungen

Der Neu- und Ausbau von Wärmenetzen ist mit enormen Kosten verbunden und langfristig nicht automatisch günstiger für Verbraucher. Studien zeigen, dass zur Erreichung der Klimaziele eine Verdreifachung der Fernwärmetrassen bis 2045 nötig ist – was Investitionen von rund 106 Milliarden Euro erfordert → [prognos.com](https://www.prognos.com). Diese Summe stellt Versorgungsunternehmen vor große Herausforderungen, da viele nicht über ausreichend Kapital verfügen. Selbst bei großzügiger Förderung klafft eine Finanzierungslücke: Prognos (2024) beziffert den jährlichen Fördermittelbedarf für Ausbau und Dekarbonisierung der Fernwärme auf etwa 3,5 Mrd. Euro, während derzeit nur rund 0,8 Mrd. € (BEW) plus maximal 1,8 Mrd. € (KWKG) pro Jahr bereitstehen → [agora-energiewende.de](https://www.agora-energiewende.de).

Pro Leitungsmeter neuer Fernwärmeleitungen fallen je nach örtlichen Gegebenheiten schätzungsweise 2.000 bis 5.000 Euro an → [zvshk.de](https://www.zvshk.de) – Kosten, die letztlich über Anschlussgebühren und Wärmepreise von den Verbrauchern getragen werden müssen. Hinzu kommen individuelle Anschlusskosten vom Haus zur Hauptleitung, dezentrale Haustechnik z. B. für Warmwasser und jährliche Grundgebühren, was die finanzielle Belastung weiter erhöht. Experten warnen in Medienberichten bereits vor absehbaren Preissteigerungen: Fernwärme sei „faktisch in den meisten Fällen teurer“ als andere Versorgungsoptionen (BFW-Präsident Dirk Salewski im März 2024, zum Brief der Immobilienwirtschaft an Bundesregierung; vzbv, Pressemitteilung v. 05.05.2025; DMB Deutscher Mieterbund, Pressemitteilung v. 13.05.2025).

Diese Befundlage widerspricht insgesamt der Annahme, dass ein Wärmenetzanschluss für Haushalte automatisch die wirtschaftlich beste Lösung darstellt.

Monopolstrukturen und Risiken für Verbraucherpreise

Neben den Kosten wirft auch die marktbeherrschende Stellung vieler Wärmenetzbetreiber Probleme auf. Die Monopolkommission hat in ihrem Hauptgutachten „Wettbewerb 2024“ eindringlich gewarnt, dass mit der wachsenden Bedeutung der Fernwärme bestehende Monopolstellungen der Versorger weiter wachsen und zu überhöhten Preisen für Endkunden führen könnten → [monopolkommission.de](https://www.monopolkommission.de). Fernwärmeanbieter sind regional meist Monopolisten, und bislang wirkten alternative dezentrale Heiztechnologien (Öl/Gas, Holz) zumindest preisdämpfend als Wettbewerbselement. Doch im Zuge der Wärmewende könnten vielerorts solche Alternativen wegfallen – etwa dort, wo Wärmepumpen technisch oder wirtschaftlich nicht einsetzbar sind.

Anschluss- und Benutzungszwänge, die bspw. in Wärmenetz- oder Quartiersplänen – nach der Kommunalen Wärmeplanung – nicht selten ausgewiesen werden, verstärken dieses Risiko zusätzlich, da Hausbesitzer in solchen Gebieten kaum Ausweichmöglichkeiten haben. Sobald ein Gebiet zur Pflichtanschlusszone erklärt ist, entfällt sogar die Förderung für individuelle Heizlösungen → [zvshk.de](https://www.zvshk.de). Verbraucher wären dann auf Gedeih und Verderb an den Fernwärmeanbieter gebunden, ein Anbieterwechsel ist praktisch ausgeschlossen.

Die Folge dieser monopolartigen Strukturen könnten deutlich steigende Wärmepreise für die angeschlossenen Haushalte sein. Bereits heute zeigen Auswertungen erhebliche Preisunterschiede zwischen einzelnen Fernwärmeversorgungsgebieten, die nicht allein durch Kosten erklärbar sind, sondern auf verminderten Wettbewerb hindeuten → [heise.de](https://www.heise.de). Die Monopolkommission mahnt deshalb, dringend für Wettbewerb oder regulatorische Preisgrenzen im Fernwärmemarkt zu sorgen. Andernfalls drohen überhöhte Gebühren, die die Akzeptanz der Wärmewende in der Bevölkerung untergraben würden → [monopolkommission.de](https://www.monopolkommission.de).

Aus Sicht der Initiative Freie Wärme gilt es daher, Verbraucher vor solchen Nachteilen zu schützen, aber auch Verantwortungsbewusstsein aufzubauen – durch Freiheit bei der Wahl der Wärmetechnologie und durch Rahmenbedingungen, die fairen Wettbewerb sicherstellen, anstatt neue Monopole zu begünstigen.

Akzeptanz für Transformationsmaßnahmen sicherstellen

Die Kommunale Wärmeplanung kann recht komplexe Formen annehmen. Damit sie letztlich erfolgreich wird und die Akzeptanz aller Beteiligten in den Kommunen erhält, muss ein transparentes Verfahren sichergestellt sein. Für die meisten Kommunen handelt es sich um ein aufwändiges, zusätzlich zu stemmendes Projekt, das Zeit kostet und weiteres Personal wie auch Budget beansprucht. Im Hinblick auf die Erzielung realistischer Transformationsergebnisse, die am Ende auch für die Kommunen finanzierbar und für die Bürger bezahlbar sein müssen, ist die direkte oder beratende Einbindung von Fachleuten aus angrenzenden Themenbereichen wie Wohnen, Bauen, Finanzierung, Innungen des Heizungshandwerks, Energie und Energiehandel etc. unverzichtbar.

Aus Gründen der vorweg genannten Transparenz ist es wichtig, die Informationen zum Stand der KWP regelmäßig im KWP-Team, an politische Entscheider und an die Bevölkerung zu kommunizieren. Die Heizungsthemen werden von der Bevölkerung mittlerweile sehr sensibel wahrgenommen. So können zwar gut gemeinte Informationen – falsch oder unvollständig dargestellt – zu kontraproduktiven Reaktionen der Bürger führen, die sich in negativ auf den Wärmemarkt und die Wärmewende auswirken. Es darf z. B. nicht der Eindruck entstehen, dass mit der KWP direkt Pflichten für die Bürger entstehen. Vielmehr ist von Beginn an sehr wichtig, dass Kommunen, Energie- und Wärmeversorger mit den Fachleuten aus Innungen des Fachhandwerks und dem Handel gemeinsam und bürgernah alle Möglichkeiten einer klimaneutralen Wärmeversorgung vorstellen.

Ohne gezielte Regulierung der Wärmenetzverträge drohen unzumutbare Kostenbelastungen und intransparente Vertragsbedingungen für Endverbraucher.

Unsere Position: Nur ein freier, marktwirtschaftlich gesteuerter Wärmemarkt mit echter Auswahlfreiheit schafft sozialverträgliche, wirtschaftlich tragfähige und klimaneutrale Lösungen – dezentral und zentral gemeinsam.

2.2 Novellierung der AVBFernwärmeV für mehr Verbraucherschutz und Transparenz

Standpunkte der Allianz Freie Wärme für verbraucherfreundlichere Fernwärmeverträge:

► **Kürzere und flexiblere Vertragslaufzeiten und ein erweitertes Kündigungs- und Vertragsanpassungsrecht:**

Endverbraucher müssen die Möglichkeit erhalten, ihren Fernwärmeanbieter zu wechseln oder aus überteuerten Verträgen auszusteigen oder diese verbrauchsorientiert zu verändern – wie es in anderen Energiemärkten selbstverständlich ist.

► **Transparente Preisgestaltung:**

Standardisierte Mechanismen von neutraler Stelle aus, für eine marktgerechte, transparente und faire Preisbildung. Fernwärmepreise variieren stark regional, ihre Zusammensetzung bleibt für Verbraucher meist intransparent. In Verbindung mit fehlendem Anbieterwechsel entstehen strukturelle Wettbewerbsnachteile. Preiserhöhungen trotz fallender Energiepreise schüren Misstrauen und Verärgerung. Es braucht ein übergeordnetes, unabhängiges Prüfmodell, das reale, verursachergerechte Kalkulationen ermöglicht – etwa unter Einbeziehung der Bundesnetzagentur.

► **Verpflichtende Umweltinformationen:**

Kunden haben ein Recht auf verbindliche Informationen über den Primärenergiefaktor, den Anteil erneuerbarer Energien und die CO₂-Intensität der gelieferten Wärme.

► **Installationsfreiheit bei Übergabestationen:**

Es ist wünschenswert, die Installationsfreiheit bei Übergabestationen im Fernwärmebereich zu gewährleisten, um den Wettbewerb zu stärken, die Planungssicherheit zu erhöhen und Innovationen im Markt zu fördern.

Grundlegende, weiterführende Informationen zum Thema:

Die gesetzliche Grundlage für Fernwärmeverträge, die Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV), stammen im Kern aus den 1980er Jahren und wurden seither kaum angepasst. Aus Sicht der Allianz Freie Wärme sowie vieler Verbraucherschützer sind die Regelungen in ihrer jetzigen Form nicht mehr zeitgemäß, verbraucherunfreundlich und begünstigen marktbeherrschende Strukturen.

So handelt es sich bei jedem Fernwärmenetz faktisch um ein regionales Monopol, wodurch Wettbewerb und Anbieterwechsel praktisch ausgeschlossen sind. Die bestehende Verordnung bietet Verbrauchern bislang nur begrenzte Rechte gegenüber den Fernwärmeversorgern – vor allem aber recht viele Nachteile wie z. B. sehr lange Vertragsbindungen und vielerorts eine intransparente Preisgestaltung.

Die Allianz Freie Wärme betont daher, dass die Modernisierung des Fernwärmerechts insbesondere im Vergleich zu den Regelungen anderer Energiearten (Strom, Gas) lange überfällig ist.

Lange Vertragslaufzeiten: Ein zentraler Kritikpunkt sind die bisher sehr langen Vertragslaufzeiten von Fernwärmelieferverträgen. Gesetzlich darf die erste Laufzeit zwar maximal zehn Jahre betragen, doch ohne Kündigung verlängern sich Verträge bislang oft um weitere fünf Jahre. In diesen Zeitspannen ist ein Wechsel des Fernwärmeversorgers für Verbraucher praktisch nicht möglich, da im Versorgungsgebiet kein Wettbewerb besteht.

Erweitertes Kündigungs- und Vertragsanpassungsrecht: Aufgrund der Monopolsituation müssen für die Verbraucher Ausweichmöglichkeiten und Wahlfreiheit im Hinblick auf alternative Heizungstechniken geschaffen werden. Wenn etwa extreme Preissteigerungen von z. B. über 10 bis 15 Prozent weitergegeben werden, müssen Verbraucher ihren Fernwärmevertrag außerordentlich kündigen dürfen. Außerdem muss es den Kunden weiterhin möglich sein, die Anschlussleistung nachträglich an die Realität anzupassen und zu reduzieren.

→ www.waermepreise.info

Transparente und faire Preisbildung: Generell sind die Preiskalkulationen, insbesondere auch die Preisänderungsklauseln in Fernwärmeverträgen oft sehr komplex und für Kunden kaum nachvollziehbar. Veröffentlichungspflichten im Internet helfen hier allein nicht weiter.

Die AVBFernwärmeV braucht daher einen verpflichtenden Einsatz standardisierter Preisformeln mit neutralen Referenzgrößen – etwa einem anerkannten Wärmepreisindex. Der Gesetzgeber sollte zudem eine Prüfungspflicht für nicht nachvollziehbare Preisentwicklungen vorsehen.

Hohe Fernwärmekosten: Ein weiteres Problem sind die oft langwährenden, nicht nachvollziehbaren, hohen Fernwärmekosten selbst. Vor allem dann, wenn die Preise für frei verfügbare Energieträger bspw. längst gesunken sind. Eine für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit eingerichtete Übersichtskarte im Internet → www.waermepreise.info hilft hierbei auch nicht weiter, zumal die Kunden i. d. R. vertraglich langfristig gebunden sind.

Wir unterstützen darüber hinaus ausdrücklich die Forderungen des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) nach:

- ▶ Einführung von Kündigungsrechten für Verbraucher
- ▶ klaren gesetzlichen Vorgaben zu Preisänderungsklauseln
- ▶ und einem rechtlichen Anspruch auf Transparenz bei Versorgungsbedingungen.

Der vzbv fordert zudem eine gesetzlich verankerte Fernwärme-Preisaufsicht sowie die Einrichtung einer bundesweit zuständigen Schlichtungsstelle. Diese Instrumente sind geeignet, Preismissbrauch vorzubeugen und Verbraucherinteressen außerhalb der Gerichte wirksam zu vertreten.

Der Fernwärmemarkt muss denselben Maßstäben von Wettbewerb, Verbraucherschutz und Nachvollziehbarkeit unterliegen wie Strom- und Gasmärkte.

3. Info- und Serviceplattform Allianz Freie Wärme

„Freie Wärme“ ist eine Initiative von Verbänden und Unternehmen aus den Bereichen Heizen und Wärme, die einen großen Teil der Wertschöpfungskette in diesen Segmenten abbilden. Als Informations- und Serviceplattform informieren wir seit etwa zwei Jahren rund um die Kommunale Wärmeplanung über systemoffene Lösungen mit Heizungs- und Ofentechniken unter Einbindung erneuerbarer und klimaneutraler Energien, sowie seit dem Start im Jahr 2013 über die vielerorts angewandten Anschluss-, Benutzungszwänge und Verbrennungsverbote im Umfeld von zentralen Wärmenetzen.

Mit dem Anspruch einer freien Wahl der Heizungstechnik stehen wir mit Fachhandwerk, Industrie und Handel als Umsetzer der Wärmewende für einen freien, technologieoffenen Wärmemarkt mit marktwirtschaftlichen Wettbewerbsstrukturen, der international anerkannte, energieeffiziente, klimafreundliche und nachhaltige Lösungen bietet und den Verbrauchern eine freie Wahlmöglichkeit gibt.

Effiziente dezentrale Heizungslösungen unter Einbindung erneuerbarer und klimaneutraler Energien leisten insgesamt einen unverzichtbaren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Dazu zählen aus unserer Sicht: Wärmepumpen, Holzwärmesysteme (Scheitholz, Pellets aus nachhaltiger Forstwirtschaft), ebenso wie hocheffiziente Hybridsysteme (Öl/Gas) mit der Nutzung von Bio-/Synthetischen Brennstoffen, KWK-Systeme, Solarwärmeanlagen, Kamin- und Kachelöfen, Abgassysteme.

Eine überwiegend monopolistisch geprägte Zentralisierung der Wärmeversorgung ist keine optimale Lösung für Verbraucher und Wirtschaft. Wir sind aber nicht generell gegen zentrale Wärmenetze. Unter „Freie Wärme“ verstehen wir auch Nah- und Fernwärmelösungen, wenn sich der Endverbraucher freiwillig und ohne Einschränkungen für deren Nutzung entscheidet.

Mit unserem verbraucherorientierten Engagement wehren wir uns ähnlich wie viele Verbraucherschutzverbände gegen die marktwirtschaftlich nachteilige Einflussnahme unterschiedlicher Interessensgruppen. Beispielsweise wenn Städte und Gemeinden mit so genannten Kommunalen Eingriffen per Satzungsbeschluss Anschluss- und Benutzungszwänge aussprechen und damit den Wettbewerb um die optimalen Lösungen komplett unterbinden.

4. Argumentativer Ansatz und Leitlinien: Technologieoffenheit für Klimaschutz und Versorgungssicherheit

Die Initiative Freie Wärme begrüßt die klimapolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung, wie sie im Koalitionsvertrag vom April 2025 festgehalten wurden. Die angestrebte Defossilisierung des Wärmesektors, der zunehmende Einsatz erneuerbarer Energieträger, deren Nutzung in effizienten Heizungs- und Ofensystemen sowie die Sicherstellung einer bezahlbaren, verlässlichen Wärmeversorgung sind zentrale Leitplanken für eine erfolgreiche Energie- und Wärmewende.

Die Partner der Freien Wärme teilen diese Zielsetzung ausdrücklich – und ergänzen sie um eine entscheidende Perspektive: Die Wärmewende kann und muss technisch vielfältig, verbraucherfreundlich und wettbewerblich organisiert werden. Schließlich wird zur Umsetzung der in den Kommunalen Wärmeplänen vorgeschlagen Gebietsausweisungen die Akzeptanz aller Beteiligten in den Kommunen benötigt.

Neben zentralen Wärmenetzen leisten effiziente dezentrale Heizungslösungen unter Einbindung erneuerbarer und klimaneutraler Energien insgesamt einen unverzichtbaren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Dazu zählen aus unserer Sicht: Wärmepumpen, Holzwärmesysteme (Scheitholz, Pellets aus nachhaltiger Forstwirtschaft), ebenso wie hocheffiziente Hybridsysteme (Öl/Gas) mit der Nutzung von Bio-/Synthetischen Brennstoffen, KWK-Systeme, Solarwärmanlagen, Kamin- und Kachelöfen, Abgassysteme.

In Neubaugebieten, aber gerade auch im Gebäudebestand, im ländlichen Raum oder bei heterogener, etwas weitläufiger Siedlungsstruktur sind technikoffene, individuell planbare Heizsysteme oftmals die effizienteste, kostengünstigste und am schnellsten umsetzbare Option. Sie ermöglichen maßgeschneiderte Lösungen für die jeweiligen baulichen Gegebenheiten – ohne teure Infrastrukturmaßnahmen und mit hoher Energieeffizienz. Durch ihre Dezentralität tragen sie zudem zur Resilienz und Versorgungssicherheit des Gesamtsystems bei.

Vor diesem Hintergrund setzt sich Freie Wärme für einen Wärmemarkt ein, in dem Vielfalt, Wettbewerb, Eigenverantwortung und Wirtschaftlichkeit bzw. Bezahlbarkeit zentrale Prinzipien bleiben. Denn nur ein pluraler und systemoffener Ansatz erlaubt es, das volle Innovationspotenzial des gesamten Wärmemarkts zu nutzen – im Sinne des Klimaschutzes, der Wirtschaftlichkeit und der Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger.

→ www.freie-waerme.de

→ info@freie-waerme.de

facebook

LinkedIn

Threads

Bluesky

Allianz Freie Wärme
c/o BERRYCOMM Kommunikationsberatung

Jürgen Bähr
Krawinkeler Straße 48
53819 Neunkirchen-Seelscheid

T: 02247 9001 811
M: 0171 142 00 60